

# HANDELSNEWS

## Ausweitung der Minijobs stoppen!

Die Bundesregierung will die Verdienstgrenze bei Minijobs ab dem 1. Oktober 2022 von 450 Euro auf 520 Euro im Monat anheben. Vorgesehen ist, die Verdienstgrenze künftig in Kopplung an den gesetzlichen Mindestlohn zu dynamisieren. Das bedeutet, wenn der Mindestlohn steigt, was wir natürlich sehr begrüßen, wird automatisch auch die Grenze, bis zu der eine Tätigkeit von Sozialabgaben befreit ist, ausgeweitet.

Der Plan der Regierungskoalition von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verfestigt aber geringfügig entlohnte und sozial prekäre Beschäftigung und treibt vor allem Frauen in ungewollte finanzielle Abhängigkeit und Altersarmut. Betroffen sind bundesweit schon heute rund sieben Millionen Beschäftigte, rund 70 Prozent der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten sind Frauen.

Keine Sozialabgaben bedeutet u.a. keine Einzahlung in die Rentenkasse, in die Arbeitslosenversicherung und kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Insbesondere in der Corona-Krise hat sich die Prekarität vieler Minijobs noch einmal besonders gezeigt: Da für die geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt wird, konnten sie während der Pandemie nicht über Kurzarbeit abgesichert werden, bei Verlust der Beschäftigung besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Dabei erweisen sich Minijobs aber auch in wirtschaftlich normalen Zeiten als Beschäftigungsform mit sehr schwacher sozialer Absicherung, bei der Niedriglöhne weit verbreitet sind. Obwohl auch Minijobber\*innen Anspruch auf eine tarifliche Eingruppierung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub, aber auch auf alle sonstigen tariflichen Leistungen wie bspw. Zuschläge und Sonderzahlungen haben, wird ihnen dies oft nicht gewährt.

Wir fordern daher die Abgeordneten aller demokratischen Parteien auf, dieses Vorhaben der Regierungskoalition zu stoppen.



## Streiks und Aktionen im NRW-Handel

In der Woche rund um den Equal Pay Day (7.3.) und dem Internationalen Frauentag (8.3.) haben im nordrhein-westfälischen Handel zahlreiche Aktionen und Streiks stattgefunden. Mehr als 1000 Kolleg\*innen haben sich daran beteiligt. So haben neben Verteilaktionen für starke Frauen auch Streiks in Betrieben ohne Tarifbindung und solchen, die von ihrem Arbeitgeber einen Digitalisierungstarifvertrag fordern, stattgefunden. Der Equal Pay Day markiert symbolisch die Lohnlücken zwischen Männern und Frauen in Höhe von aktuell 18 Prozent. Bis zu diesem Tag arbeiten Frauen „umsonst“. Wir konnten im Zusammenhang mit den Streiks wieder neue Mitglieder gewinnen.

Insgesamt eine tolle und gelungene Woche!



# Ist mir recht!

## Aufhebungsvertrag – Finger weg vom Kugelschreiber

Nach wie vor gilt: Bevor Beschäftigte einen Aufhebungsvertrag unterschreiben, sollten sie sich dringend Bedenkzeit erbeten, um sich u.a. Rechtsrat einzuholen. Der dringende Appell von euch als Betriebsrät\*innen an eure Kolleg\*innen muss daher sein:

### FINGER WEG VOM KUGELSCHREIBER!

Dass auch ein unter Zwang unterschriebener Aufhebungsvertrag nur unter strengen Bedingungen angefochten werden kann, zeigt ein aktuelles Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24. Februar diesen Jahres.

### Mehr Infos und die Urteilsbegründung findet ihr unter:

<https://verdi-bub.de/wissen/urteile/aufhebungsvertrag-gebot-fairen-verhandelns>

# Man lernt nie aus!

**Wir haben die Wahl – eine Veranstaltung zur Landtagswahl in NRW**

**2. und 10. Mai jeweils ab 18 Uhr online**

Mehr Infos und Anmeldung unter:  
[www.nrw.verdi.de/service/bildung](http://www.nrw.verdi.de/service/bildung)

## Seminare für Betriebsrät\*innen:

### Die BR-Wahlen sind in vollem Gange.

Für (neu)gewählte Mitglieder gibt es eine Reihe Seminare, um sich (wieder) fit für das Amt zu machen.

Mehr Infos, Termine und Veranstaltungsorte findest du unter [www.verdi-bub.de](http://www.verdi-bub.de) oder bei [adam.pejinovic@verdi-bub.de](mailto:adam.pejinovic@verdi-bub.de)

## Krieg in der Ukraine

Die schrecklichen Nachrichten, die uns tagtäglich aus der Ukraine erreichen, erschüttern zutiefst und bereiten auch den Menschen hier im Land große Sorgen. Wir, der Fachbereich Handel NRW, wollen auf diesem Weg unserer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine Ausdruck verleihen:



**Impressum:** ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Handel, Silke Zimmer, Karlstraße 123–127, 40210 Düsseldorf  
**Redaktion:** Daniela Arndt, Heino Georg Kaßler · **Fotos:** ver.di · **Produktion:** Druckerei Paniczek, 47802 Krefeld